

Energie-Control Austria für die Regulierung  
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-  
Control)  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Per E-Mail: [recht-post@e-control.at](mailto:recht-post@e-control.at)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
R SNE 01/25

Unser Zeichen, BearbeiterIn  
Mag.Pfi/MH

Klappe (DW)  
39203

Datum  
14.11.2025

## **Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird (SNE-V 2018 - Novelle 2026)**

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) bedankt sich für die Übermittlung des Verordnungsentwurfes und erlaubt sich, die folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Verordnungsentwurf der E-Control legt die Stromnetzentgelte für das Jahr 2026 fest. Über diese Entgelte erhalten die Netzbetreiber die Kosten für Ausbau, Betrieb und Instandhaltung der Netzinfrastruktur ersetzt.

Laut Entwurf steigen die Netznutzungs- und Netzverlustentgelte für Haushalte im kommenden Jahr durchschnittlich um rund 1,1 % – das entspricht etwa 4,20 Euro bei einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden – und damit deutlich moderater als im Vorjahr.

Der ÖGB bekennt sich zu den Klimazielen und sieht neben dem Ausbau erneuerbarer Erzeugungsanlagen insbesondere die Stromnetze als zentrale Voraussetzung der Transformation. Die zukünftig zu erwartenden Netzentgeltsteigerungen bewertet der ÖGB jedoch als äußerst kritisch, da der Netzausbau die Kosten deutlich erhöhen wird. Für Haushalte gefährdet dies eine gesicherte und leistbare Versorgung mit Energie, für Unternehmen erhöht es den Preisdruck und damit die Gefahr weiterer Preissteigerungen. Daher ist es entscheidend, den Anstieg der Netzentgelte zu begrenzen – durch ein Regulierungssystem, das Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Leistbarkeit gleichermaßen gewährleistet.

Folgende Punkte sind für den ÖGB von zentraler Bedeutung:

- Es müssen die allgemeinen Netzkosten verursachergerecht verteilt werden. Eine stärkere Beteiligung von kommerziellen Stromerzeugern und internationalen Stromhändlern an den Netzkosten ist unverzichtbar.

- Der Netzausbau und die Netznutzung müssen so effizient wie möglich gestaltet werden. Dafür ist eine vorausschauende Netzplanung erforderlich, die sich am zukünftigen Strombedarf und am Ausbau der erneuerbaren Erzeugung orientiert. Dies umfasst eine koordinierte Planung auf Verteilnetzebene.
- Notwendig ist darüber hinaus ein Rahmen für staatlich unterstützte Finanzierungsmodelle – etwa über Förderbanken, staatliche Garantien oder die Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital –, um die Kapitalkosten des Netzausbaus zu senken, Investitionen abzusichern und den verstärkten Einsatz von EU-Mitteln für die Übertragungsnetze zu ermöglichen.
- Netzbetreibern ist es nur sehr eingeschränkt gestattet, Eigentümer von Energiespeichereinrichtungen zu sein oder diese Anlagen zu errichten, zu verwalten oder zu betreiben. Im Hinblick auf die Zielsetzung, dass ein 100 % erneuerbares Stromsystem geschaffen werden soll, sollte den Netzbetreibern eine stärkere Rolle bei der Energiespeicherung eingeräumt werden.

Betreffend des reduzierten Sommer-Arbeitspreises (RSAP) ist anzumerken, dass nicht alle Konsumenten ihr Verbrauchsverhalten so optimieren können, dass sie von derartigen Systemen profitieren können. Profitieren werden vor allem jene Kundengruppen, die entweder über entsprechende zeitliche Flexibilität verfügen oder aufgrund der genutzten Technologien im Haushalt ein entsprechendes flexibles Verbraucherverhalten haben. Vor allem unselbständig Beschäftigte oder auch Familien stehen allerdings oftmals vor gänzlich anderen Lebensrealitäten und für diese Gruppen ist ein Instrument wie ein RSAP nicht oder nur sehr eingeschränkt nutzbar. Dazu kommt, dass es durch den RSAP zu Mindererlösen bei den Netzbetreibern kommt, die wiederum von anderen Netznutzern getragen werden müssen. Der ÖGB fordert daher ein engmaschiges Monitoring und verweist darauf, dass zukünftige Anpassungen der Netzentgeltestruktur der Prämissen einer faireren Kostenverteilung folgen. Auch die bereits skizzierten Personengruppen müssen profitieren können und dürfen nicht benachteiligt werden.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund ersucht um Berücksichtigung seiner Anmerkungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung





Wolfgang Katzian  
Präsident

Dr.<sup>in</sup> Helene Schubert  
Bundesgeschäftsführerin